

# Komplizenschaft bei der Beseitigung kurdischer Selbstverwaltung

Astrid Willer

**Nicht nur im eigenen Land, auch in Syrien schafft die Türkei Fluchtgründe**

**Nach dem Sturz des syrischen Diktators Assads und der Regierungsübernahme durch den ehemaligen Anführer islamistischer Milizen und Kämpfer für Al Quida, Ahmed Al Sharaa, hat die Türkei ihre schon seit 2018 anhaltende völkerrechtswidrige militärische Intervention auf syrischem Boden noch verstärkt.**

Schon während des Krieges in Syrien hat die türkische Regierung die islamistischen Kräfte, die Teil der Opposition gegen Assad waren, unterstützt. Laut Expert\*innen erfolgte 2025 die Militäration der Opposition im Nordwesten unter anderem vom türkisch besetzten Territorium aus. Zudem nahmen pro-türkische Milizen an der Großoffensive auf Damaskus teil.

Auch jetzt steht der türkische Regierungschef Erdoğan an der Seite des inzwischen zum Präsidenten Syriens avancierten Al Sharaa und seiner Hai'at Tahrir al-Scham-Milizen (HTS) und stützt auch auf internationaler Bühne dessen Bestrebungen, eine stark zentralisierte Staatsstruktur durchzusetzen. Die Türkei verfolgt dabei vor allem eigene Interessen.

## **Antikurdische Intervention**

Die türkische Regierung fürchtet, das im Nordosten Syriens etablierte und demokratisch orientierte Experiment Rojava, das von den kurdisch geführten SDF (Syrien Democratic Forces) kontrolliert und geschützt wird, könnte die Selbstverwaltungsbestrebungen der Kurd\*innen in der Türkei stärken und auch Rückzugsgebiet für Kämpfer\*innen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) aus den kurdischen Gebieten der Türkei sein. Um das zu verhindern, greift sie auch militärisch ein.

Im Januar 2018 besetzten türkische Truppen die von der SDF gehaltene nordwestliche Provinz Afrin. Im Frühjahr 2019 etablierte die Türkei im Nordosten Syriens eine 32 km tiefe „Sicherheitszone“. Seitdem hat die Türkei immer wieder die Infrastruktur der kurdisch dominierten Selbstverwaltung angegriffen.

Davon betroffen sind auch die Menschen, die im Januar im Zuge der Kämpfe zwi-

schen SDF und syrischer Armee in Aleppo nach Rojava geflohen sind. Hilfsorganisationen wie der kurdische Rote Halbmond berichten von großer Not dieser Geflüchteten. Vor dem Hintergrund der zerstörten Versorgungsstruktur und anhaltenden militärischen Kämpfen fliehen sie häufig weiter und mit ihnen auch Teile der bisher in Rojava ansässigen Zivilbevölkerung.

Der Rückzug der SDF aus bis dato kurdisch kontrolliertem Gebiet hat u.a. zu einem Wiedererstarben des Islamischen Staats (IS) im Norden Syriens geführt. Zwar sind einige der bis zu 20 Lager und Gefängnisse, in denen bis zu 50.000 IS Kämpfer und ihre Angehörigen seit über 10 Jahren interniert waren, Anfang dieses Jahres von US-Einheiten geräumt und in den Irak überführt worden. In den Wirren des Vorrückens der neuen syrischen Armeeinheiten – unter ihnen zahlreiche islamistische Milizen mit Nähe zum IS – und dem Rückzug der SDF, die die Lager bis dahin kontrolliert hatten, ist allerdings eine unbekannte Anzahl IS-Kämpfer geflohen oder wurde befreit. Allein im Lager al-Hol lebten bis dahin 24.000 Menschen, meist Syrer\*innen und Iraker\*innen, aber auch 6.000 Ausländer\*innen aus 40 Nationen, meist Verwandte jener, die sich einst dem IS angeschlossen hatten.

## **Innenpolitische Interessen**

Der Türkei geht es außerdem um die Rückführung eines Großteils der 3,5 Millionen seit Ausbruch des Bürgerkrieges vor 15 Jahren aufgenommenen syrischen Geflüchteten. Die Vertreibung der überwiegend kurdischen Bevölkerung im Nordosten Syriens schafft dafür Raum. Mit einer Beteiligung am Wiederaufbau Syriens kann die türkische Regierung die Infrastruktur für die Rückkehr syrischer

Geflüchteter herstellen, aber auch türkischen Baufirmen Aufträge verschaffen und so angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage in der Türkei innenpolitisch punkten.

Zu der von Erdoğan angestrebten Zerschlagung eigenständiger kurdischer Strukturen in Syrien gehört die Auflösung der SDF-Milizen und deren derzeit von Al Sharaa betriebene vollständige Eingliederung in die syrische Armee. Die Türkei hat daher ein eigenes Interesse sich für die Etablierung eines einheitlichen syrischen Zentralstaates statt eines föderalen Systems einzusetzen, das den unterschiedlichen Minderheiten (u.a. Kurden, Drusen, Alawiten) eine gewisse Selbstverwaltung und eigene Vertretung im syrischen Staat ermöglichen könnte. Damit sind aber weitere Konflikte vorprogrammiert, die der Stabilisierung des im Aufbau befindlichen Staates entgegenwirken. Durch die Bedrohung von pro-türkischen Milizen auf der einen und den Vormarsch der syrischen Armee auf der anderen Seite in die Enge getrieben, hat die Führung in Rojava ein Abkommen mit der neuen syrischen Regierung unterschrieben. Wie lange die so erzwungene Einigung hält, ist offen.

Über seine Einmischung in die stattfindenden innenpolitischen Auseinandersetzungen in Syrien hinaus geriert sich die Türkei als Sicherheitsgarant in der Region. Erdoğan setzte sich zusammen mit Saudi-Arabien für die Wiederannäherung zwischen den USA und Syrien ein und vermittelt im Kontakt zu Ländern der EU. Auch die deutsche Regierung, ebenfalls an einer Rückkehr syrischer Geflüchteter – aber nicht der deutschen IS-Kämpfer und ihrer Angehörigen aus syrischen Lagern – interessiert, betrachtet Erdoğan als wichtigen Partner vor Ort. Die völkerrechtswidrige militärische Intervention, die zu Flucht und Vertreibung führt, und die destabilisierende Seite des Einflusses der Türkei in Syrien spielen dabei offenbar keine Rolle.



**Kurdenprotest in Erbil/Nordirak.**

Astrid Willer ist Diplom-Pädagogin, Mitglied und ehemalige Mitarbeiterin im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. [www.frsh.de](http://www.frsh.de)